

Baschi Dürr, Vorstandsmitglied, und Saskia Schenker, Direktorin des Arbeitgeberverbands Region Basel, riefen am «Labor Day» vom 4. September zur Stärkung der liberalen Arbeitsmarktpolitik auf.

Unser Wohlstand ist keine Selbstverständlichkeit!

Im aktuellen Wahlkampf werden verschiedene Themen diskutiert. Arbeitsplätze und Wohlstand gehören kaum dazu. Das ist zwar nachvollziehbar, schlägt sich die Schweiz im internationalen Vergleich doch gut bis sehr gut. Gleichzeitig ist dieses Desinteresse gefährlich, weil unser Wohlstand nicht selbstverständlich ist. Diesen sichern wir nur mit einer konsequent liberalen Arbeitsmarktpolitik.

Hohe Wertschöpfung, tiefe Arbeitslosigkeit, individuelle Freiheit, gesunde Staatsfinanzen: Das Erfolgsmodell Schweiz bewährt sich gerade in internationalen Krisenzeiten. Doch das ist keine Selbstverständlichkeit. Nur Stellen schaffen Arbeit, nur Arbeit schafft Wohlstand und soziale Wohlfahrt. Wenn die Schweiz die international höchsten Löhne sichern will, brauchen wir die weltweit besten Arbeitsmarktbedingungen.

Als Direktorin des Arbeitgeberverbands Region Basel und als CEO des Entwicklungsareals uptown-Basel setzen wir uns beruflich und politisch seit Jahren für die regionale – und damit auch die nationale – Standortattraktivität und die damit einhergehenden Arbeitsplätze ein.

Am Labor Day rufen wir deshalb fünf zentrale Punkte in Erinnerung:

1. Für Arbeitsmarktchancen aller Menschen – keine staatlichen Mindestlöhne: Auch wenn die Schweiz zu jenen Ländern ohne staatlichen Mindestlohn zählt, werden hierzulande auf allen Ebenen die höchsten Löhne bezahlt. Auch werden ohne staatliche Mindestlöhne mehr Stellen geschaffen, und gerade den weniger Qualifizierten bietet sich die Chance auf einen Einstieg in den Arbeitsmarkt mit entsprechenden Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Leider hat Basel-Stadt unlängst einen kantonalen Mindestlohn eingeführt, und bereits nach kurzer Zeit zeigen sich die ersten negativen Folgen. Dies darf auf nationaler Ebene keine Schule machen.
2. Für einen offenen Arbeitsmarkt – keine Beschränkung der Personenfreizügigkeit und der Drittstaatenkontingente: Die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU hat zu einem grossen Wirtschaftswachstum geführt, das auch den inländischen Arbeitnehmenden zugute kam und kommt. Wer demgegenüber die Grenzen für Arbeitskräfte schliessen will, sorgt nicht für mehr Arbeit zugunsten der Einheimischen, sondern für weniger Stellen zulasten aller.
3. Für eine starke Sozialpartnerschaft – keine Pflicht zu Gesamtarbeitsverträgen: Gesamtarbeitsverträge (GAV) sind eine wichtige Errungenschaft der in der Schweiz seit Jahrzehnten erfolgreich gelebten Sozialpartnerschaft. Wer aber die Arbeitgebenden und -nehmenden zum GAV direkt oder – via verschärfte Allgemeinverbindlichkeitserklärung – indirekt zwingen will, unterminiert genau diese freiwillige Partnerschaft auf Augenhöhe.
4. Für gleichlange Spiesse – keine Sonderzüge der öffentlichen Hand: Die stark wachsende Verwaltung der Kantone und des Bundes konkurrenzieren mehr und mehr die Privatwirtschaft. Verzerrt die öffentliche Hand dank Steuergelder und anderer Abgaben mit Zusatzleistungen wie sechs Wochen Ferien, 38-Stunden-Woche oder zusätzliche Elternzeit den Arbeitsmarkt, findet die Privatwirtschaft keine Fachkräfte mehr und wandert ab.

5. Für mehr Vertrauen in die Wirtschaft – keine zusätzliche Bürokratie: Laufend überbürdet die Politik den Unternehmen neue Transparenzvorschriften wie zur «Klimagerechtigkeit», «Geschlechterdiskriminierung» oder «Unternehmensverantwortung». Diese Zusatzbürokratie löst keine tatsächlichen oder vermeintlichen Probleme, sondern sie zeugt von Misstrauen gegen-über Unternehmerinnen und Unternehmern – und vergrault letztlich diejenigen, die bereit sind, unternehmerisches Risiko zu tragen.

Wir möchten uns für diese Anliegen auch in Bundesbern stark machen – obwohl oder gerade weil diese nicht mehr selbstverständlich sind. Wir sind überzeugt davon, dass es im Bundesparlament Politikerinnen und Politiker braucht, die das vielleicht zentralste Element des Schweizer Erfolgsmodells hochhalten: den liberalen Arbeitsmarkt.

Baschi Dürr und Saskia Schenker

Die beiden Freisinnigen Saskia Schenker (Basel-Landschaft, Landrätin) und Baschi Dürr (Basel-Stadt, ehemaliger Regierungsrat) arbeiten als Direktorin des Arbeitgeberverbands Region Basel bzw. als CEO des Arealentwicklungsprojekts uptownBasel. Baschi Dürr ist im Vorstand des Arbeitgeberverbands Region Basel engagiert. Beide kandidieren im Herbst für den Nationalrat.